

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 35.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 2. September 1910.

Inserationspreis für die viersp. Zeitzeile 30 Pfg. Stellensuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahnhallen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

11. Jahrg.

Aus der Uhrenindustrie des Schwarzwaldes.

Wenn im allgemeinen, im Wirtschaftsleben ein bedeutender Umschwung zum Besseren zu verzeichnen ist, so kann dies auch von der Uhrenindustrie gesagt werden. Wer einen Einblick in die Verhältnisse des Schwarzwaldes, der kann sagen, daß auch hier eine wohlthuende Besserung der Geschäftslage bemerkbar macht. Jedoch nehmen die Arbeiter der Uhrenindustrie nicht in gleichem Maße an der Besserung der Konjunkturverhältnisse teil wie andere Kreise, weder in Bezug auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, noch mit Rücksicht auf die Ausbreitung der gewerkschaftlichen Organisation. Da auch für die Verbesserung der Arbeitszustände gute Organisationsverhältnisse Hauptbedingung ist, so muß im Interesse der betreffenden Arbeiter auf das lebhafteste bedauert werden, daß noch hunderte von Arbeitern allen Reformbestrebungen vollständig teilnahmslos gegenüberstehen. Und doch dürfte hier denn sonst ein besserndes Eingreifen dringend notwendig sein. Sind doch die Verhältnisse, unter denen der weitaus größte Teil der Uhrenarbeiter ihr Dasein fristen muß, äußerst unzureichende.

Es läßt sich dies an der Hand eingehender Studien, Erhebungen und Statistiken, welche von zuverlässigen Personen und Instanzen gepflogen wurden, ausreichend nachweisen. So hat Herr Dr. Feuerstein die Verhältnisse der Uhrenarbeiter im Gegenstand eingehender Studien gemacht und das Ergebnis, das sich größtenteils auf persönliche Erhebungen und Erfahrungen stützt, in einem sehr lehrreichen Buche zusammengestellt. Die Lohnverhältnisse sind eingehend untersucht und eine ganze Reihe von Haushaltsbudgets aufgestellt. Einnahmen und Ausgaben sind sorgfältig gegenüber gestellt und unter Berücksichtigung einer berechtigten Wirtschaftsweise des Arbeiters ergibt sich die Schlussfolgerung, daß die Löhne zu niedrig sind, und zwar durchschnittlich um 43% zu niedrig, weil sie dem Arbeiter nicht gestatten, seine Lebenshaltung menschenwürdig zu gestalten, es wäre denn um den Preis einer durch erzwungenen Nebenverdienst sich aufreibenden Gesundheit und seines Seelenlebens.

Nun sind aber von der badischen Fabrikinspektion in den Jahren 1900 und 1908 in vier Uhrenfabriken statistische Erhebungen gemacht und ist eine erhebliche Steigerung der Löhne festgestellt worden. Danach sind die Löhne gestiegen, für die Arbeiterinnen um 29,80%, von 8,38 Mk. auf 10,78 Mk., für die Männer um 23,50%, von 17,70 Mk. auf 21,86 Mk., für Frauen und Männer zusammen um 22,51%, von 16,89 Mk. auf 20,08 Mk. für die Woche. Das Buch Feuersteins ist 1905 erschienen und dürfte, da die Lohnsteigerung jedenfalls nur allmählich erfolgt sein wird, ein Teil von der Fabrikinspektion festgestellten Steigerung schon bei der Angabe Feuersteins in Betracht gekommen sein, so daß dann immerhin noch ein bedenklcher Minus übrig bliebe. Selbst die absolute Richtigkeit all dieser Angaben vorausgesetzt, wäre wohl die Berechtigung der Arbeiter die Verbesserung ihrer Lebenslage durch alle erlaubten Mittel anzustreben, dargelegt, ganz abgesehen von manchen anderen Gesichtspunkten, die die organisierte Selbsthilfe der Arbeiter gebieterisch erheischen. Trotz alledem aber scheinen sehr viele Arbeiter sich in dumpfer Ergebung ihrem Schicksale überlassen zu wollen und nicht genug damit getan werden, damit die Leute endlich erkennen, wie auch ihnen geholfen werden kann. Schon die Bedeutung der Uhrenindustrie erfordert es, daß mehr wie bisher noch für die Arbeiter gesorgt wird. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß ein Industriezweig auf die Dauer nur mit einem stetigen, geistig und körperlich gehobenen Arbeiterstand auskommen vermag. Die Uhrenproduktion ist aber erheblich auf dem württembergischen und badischen Schwarzwald konzentriert und soll dem weitaus größten Teile der dort lebhaften Arbeiter ein angemessenes Auskommen, Arbeit und Verdienst bieten.

Wenn laut „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich“ im Jahre 1907 bei der Berufs- und Betriebszählung in der Uhrenindustrie insgesamt 37.789 Arbeiter gezählt wurden, so dürfte davon ein ganz erheblicher Teil auf den Schwarzwald entfallen. Ueberall sieht uns ja die Uhr des Schwarzwaldes in vertraulicher Weise und in den verschiedensten Formen entgegen und in bedeutendem Umfange werden die Produkte an das Ausland abgesetzt. Im Jahre 1905 wurden laut Statistisches Jahrbuch für rund 16 1/2 Mill. Mark, 1906 für 19 Mill., 1907 für 17 Mill. und 1908 für während 14 Mill. Mark ans Ausland abgeführt. Diese Zahlen ergeben zunächst, daß auch die Uhrenindustrie von der Krise der letzten Jahre betroffen wurde, da 1907 und 1908 die Ausfuhr sich verminderte. Nach dem Jahresbericht der Schwarzwälder Handelskammer für 1901 wird die Ausfuhr auf drei Viertel der Gesamtproduktion geschätzt und ein Drittel für den Anteil der schlesischen Uhrenindustrie in Anspruch gebracht; so verbleibt der Vorenanteil an der Produktion für die badische und württembergische Industrie. Und zwar ergibt sich nach dieser Berechnung ein Durchschnittswert der Ausfuhr in den vier genannten Jahren, von rund

19 Mill. Mark gegenüber 16 Mill. Mark in den Jahren 1899 bis 1902.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich nun auch die Bedeutung dieses Industriegebietes für unsere Organisationen. Seit Jahren schon ist nichts unversucht geblieben, auch diesen Arbeitern die Vorteile der gewerkschaftlichen Organisation mit ihren großen Aufgaben angedeihen zu lassen. Die großen Bewegungen in den Jahren 1906 und 1907 legen hierfür Zeugnis ab. Und dennoch bleibt noch unendlich viel zu tun übrig. Wohl haben Verlauf und Ausgang dieser Bewegungen und die fest im Anschluß an diese einsetzende Krisis manchen Arbeiter „kopfsicher“ gemacht und jegliche Organisationsfähigkeit fühlbar unterbunden, aber auf die Dauer werden doch die heutigen Verhältnisse weder in wirtschaftlicher noch in organisatorischer Hinsicht bestehen bleiben können. Aber auch alles drängt, man möchte sagen „naturnotwendig“ zur Verbesserung der wirtschaftlichen Existenz, und die Erkenntnis, hierbei mitwirken zu müssen, wird sich auf dem Schwarzwald gerade so wie in anderen Gegenden durchdringen müssen. Wenn allenthalben die Arbeitererschaft eine emsige Tätigkeit entfaltet und auch unaufhörlich an dem Ausbau der Organisation arbeitet, dann darf auch die Arbeitererschaft des Schwarzwaldes nicht zurückstehen und die Hände müßig in den Schoß legen. Umso mehr kann eine rührige Tätigkeit hier erwartet werden, als doch auch hier jetzt die Geschäftslage eine bessere geworden ist und aus diesem und andern Gründen der Weg für die Organisation besser geebnet sein dürfte. Wie viele Arbeiter haben sich nicht aus Furcht vor dem Arbeitgeber von der Organisation ferngehalten? Man glaube die Unternehmer ständen geschlossen und einig da und ein Vorgehen der Arbeiter sei aussichtslos. Wie unhaltbar diese Annahme ist, beweist unsere ganze deutliche Gewerkschaftsbewegung. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind zwei unzerrennliche Faktoren. Einer muß auf den anderen billige Rücksicht nehmen, soll nicht das gesamte Gewerbe, die gesamte Volkswirtschaft Schaden leiden. Und schließlich entscheidet nicht allein die brutale Gewalt, sondern Recht und Gerechtigkeit — ein sozialer Ausgleich wird hier zur Geltung kommen müssen.

Dazu scheint aber auch die „Einigkeit“ der Unternehmer des Schwarzwaldes ein großes Loch zu haben. Gelegentlich der Bewegung in Triberg wurden die dort streikenden Arbeiter von dem Hauptkonkurrenz-Geschäft eingestellt. Ja als der Streik bekannt wurde, suchte man ausgerechnet in Triberg durch die Presse hoch offiziell solche Arbeiter, die dort im Streik standen. Und eine weitere Illustration zu der „Einigkeit“ im Unternehmerlager lieferte vor einiger Zeit eine Auseinandersetzung in der Tagespresse. Dort wurde berichtet, daß die Vereinigten Uhrenfabriken von Gebr. Jungmans und Thomashaller A.-G., zur Zeit vier Erweiterungsbauten vornehmen lassen. Diese Vergrößerung würde eine tägliche Mehrleistung von 3—4000 Uhren ermöglichen. Daran war dann u. a. die Bemerkung geknüpft, es sei besser, wenn statt der Erweiterung der Produktion die Erzielung besserer Preise angestrebt würde. Daraufhin folgte dann seitens der genannten Firmen eine Erklärung, in der es u. a. hieß:

„Richtig ist zunächst, daß wir zur Zeit vier Erweiterungsbauten vornehmen lassen, und daß diese Vergrößerung eine tägliche Mehrleistung von 3000 bis 4000 Uhren ermöglichen wird. Lächerlich ist es aber, wenn behauptet wird, dies seien wir bloß, um als der Größe zu gelten und nicht wegen bringenden Bedürfnisses; wir geben unser Geld nicht umsonst für Bauten aus: das Bedürfnis ist nicht nur da, sondern dauernd gesichert. Wir sind jederzeit bereit, Arbeiter aller Art: gelehrte und ungelehrte, männliche und weibliche, erwachsene und jugendliche einzustellen, in Schraubberg und in Schwenningen. Ganz verfehlt ist der Seitenhieb, es wäre vernünftiger, statt zu vergrößern, die Erzielung besserer Preise anzustreben. Wir fordern und erhalten die höchsten Preise im Schwarzwald, heute noch wie von jeher. Wir hatten unseren Konkurrenten die Hand zu einer Preis-konvention geboten, wir haben sie gehalten, andere aber nicht und haben dies an zuträglichster Stelle nicht einmal geleugnet.“

Daraus geht hervor, daß es sich nicht nur um ein kleines Wortspiel in der Presse handelt, sondern an „zuträglichster Stelle“ hat man schon verhandelt und es läßt doch tief blicken, wenn in solchen Sachen die vielgerühmte Solidarität verfehlt. Die Arbeiter können aber auch hieraus lernen. Dann aber denken neben anderen Dingen die Erweiterung der Produktion offenbar auch daraufhin, daß die Geschäftslage keine ungünstige ist, daß zum allermindesten die Aussichten keine schlechten sind.

Und alles dieses müßte u. G. alle Arbeiter des Schwarzwaldes veranlassen, sich zu besinnen und endlich Hand ans Werk zu legen, damit endlich die Voraussetzung für die Verbesserung der Verhältnisse erfüllt werden möge. Die organisierten Kollegen werden da mit neuem Eifer und neuer Kraft an die Arbeit gehen und den steinigten Boden gründlich bedackern. Nur ausdauernde, unermüdbare Arbeit bietet auch den Arbeitern des Schwarzwaldes Aussicht auf Erfolg. Darum: Frisch ans Werk, für unsere ideale Sache!

Das Verhältnis der Krankenkassen zu ihren Angestellten, den Ärzten und Apothekern.

Die Reichstagskommission zur Beratung der Reichsversicherungsordnung hat bezgl. der Anstellungsverhältnisse der Kassenbeamten beschlossen, daß für sie eine Dienstordnung aufgestellt wird. Von dieser Dienstordnung werden nicht berührt Kassenangestellte, die nach Landesrecht staatliche oder gemeindliche Beamte sind oder nach § 269 deren Rechte und Pflichten haben.

Vor dem Erlasse der Dienstordnung, ebenso vor ihrer Aenderung, sind die Angestellten zu hören. Die Dienstordnung hat die Rechts- und die allgemeinen Dienstverhältnisse der Angestellten, insbesondere ihre Zahl, die Art der Anstellung, die Kündigung oder Entlassung und die Festsetzung von Strafen zu regeln. Sie regelt ferner: 1. ob und inwieweit bei unverschuldeter Arbeitsbehinderung das Gehalt fortbezahlt wird; 2. ob und in welchen Fristen Dienstaufschubzulagen gewährt werden; 3. ob und unter welchen Voraussetzungen eine Beförderung stattfindet; 4. ob und unter welchen Bedingungen Ruhegehalt und Hinterbliebenenfürsorge gewährt wird.

Nach fünfjähriger Beschäftigung darf eine Kündigung oder Entlassung nur aus einem wichtigen Grunde erfolgen. Der Rechtsweg ist zulässig. Kündigung oder Entlassung darf für Fälle nicht ausgeschlossen werden, in denen ein wichtiger Grund vorliegt. Geldstrafe darf nur bis zum Betrag eines einmonatigen Dienstentkommens vorgesehen werden. Die Ausübung des Vereinsigungsrechtes und die religiöse oder politische Betätigung der Angestellten außerhalb ihrer Dienstgeschäfte dürfen, soweit sie nicht gegen die Gesetze verstoßen, nicht gehindert werden und gelten an sich nicht als Gründe zur Kündigung oder sofortigen Entlassung.

Der Vorbehalt, „soweit sie nicht gegen die Gesetze verstoßen“, ist notwendig, weil in bisher abgeschlossenen Verträgen zwischen Krankenkassen und Angestellten nach einem zwischen dem unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Ortskrankenkassenverbande und dem sozialdemokratischen Verband der Kassenangestellten vereinbarten Mustervertrag vorgesehen war, daß keine Entlassung eines Beamten zulässig sei wegen Bestrafung infolge politischer und religiöser Vergehen. Ein sozialdemokratischer Kassenbeamter hätte sich also die wüßteste Beschimpfung der katholischen oder evangelischen Kirche zuschulden kommen lassen dürfen und durfte dafür mit einem halben Jahre Gefängnis bestraft werden sein, ohne daß er entlassen werden konnte. Die gläubig katholischen und evangelischen Arbeiter hätten also ruhig zusehen müssen, wie diesem Beschimpfer ihrer Kirche aus ihren Kassenbeiträgen das Gehalt weiterbezahlt worden wäre. Die Dienstordnung bedarf der Genehmigung des Oberversicherungsamtes, ebenso ihre Aenderung; die Genehmigung darf nur verweigert werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, insbesondere wenn Zahl oder Besoldung der Angestellten in auffälligem Mißverhältnis zu ihren Aufgaben steht. Wird sie verlagert, so entscheidet auf Beschwerde die oberste Verwaltungsbehörde. Die §§ 366 bis 369 der Regierungsvorlage sind materiell unverändert angenommen; desgleichen die §§ 370 und 371. Weil sie nicht notwendig sind zum Verständnis der Bestimmungen über das Verhältnis der Angestellten zu den Kassen, geben wir sie nicht wieder. Nur ist in § 369 gesagt worden, daß die Landesregierung jenen Beamten, die nach § 369 auf Lebenszeit oder un widerruflich angestellt sind, die Rechte und Pflichten der staatlichen und gemeindlichen Beamten übertragen kann, während die Regierungsvorlage sagte, die Landesregierung überträgt ihnen (diesen Beamten) die Rechte und Pflichten der staatlichen oder gemeindlichen Beamten. Die Bestimmung, daß für Inhaber des Zivilversorgungsscheines (Militärärzte) kein Vorrecht bei der Stellenbesetzung vorgeschrieben werden darf, ist am Schluß des § 369 aufgenommen worden. Konservative und Nationalliberale waren gegen diese Bestimmung.

Bei der Regelung der Verhältnisse der Kassenangestellten wurde auch die Bestimmung der Regierungsvorlage erörtert, daß die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaftsmitglieder der Krankenkassen getrennt abstimmen sollten über die Anstellung der Kassenbeamten und so in beiden Gruppen sich eine Mehrheit für die Anstellung ergeben mußte, sodas bei der Drittelung im Vorstand der Krankenkassen zwei Drittel Arbeitnehmerschaftsmitglieder das eine Drittel der Arbeitgeber-vorstandsmitglieder nicht mehr überstimmen konnten, betreffs Anstellung des Kassenangestellten. Unsere Kollegen sprachen sich dafür aus. Einmal, damit seitens der vielfach vorhandenen Mehrheit der Sozialdemokraten in den Krankenkassen nicht mehr wie bisher nur deshalb Personen zu Angestellten der Kassen gewählt würden, weil sie Sozialdemokraten seien, dann aber auch, weil diese sozialdemo-

fratischen Angestellten ihre Stellung zu oft für Agitation im Interesse der sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften mißbraucht hätten. Die Klage, daß die sozialdemokratischen Krankenkassen die erkrankten christlichen Arbeiter alle Augenblicke kontrollierten, ob sie sich auch nicht im geringsten gegen die Vorschriften über das Verhalten der Kranken, wie sie in den Kassenstatuten vorgeschrieben sind (Ausgehen der Kranken etc.), vergingen, während sie bei erkrankten Sozialdemokraten gleich alle beiden Augen zudrückten, seien sehr groß. Dazu bemerkte das sozialdemokratische Kommissionsmitglied, Herr Abgeordneter Eichhorn, durch einen Zwischenruf, diese schärfere Kontrolle der christlichen Arbeiter sei jedenfalls notwendig, sie ständen wahrscheinlich in dem begründeten Verdacht, Simulanten zu sein. Unser Kollege Weder blieb ihm für diese Beleidigung der christlichen Arbeiter natürlich die Antwort nicht schuldig. Derselbe sagte dann des weiteren, diesem Zustande müsse ein Ende gemacht werden. Das sei aber nur möglich, wenn den Arbeitgebern ein größeres Mitbestimmungsrecht bei der Anstellung der Kassenbeamten gegeben werde. Dann höre die Bevorgung sozialdemokratischer Agitatoren auf. Ein Beschluß kam nicht zustande. Eine Mehrheit für eine Bestimmung im bezeichneten Sinne ist aber vorhanden. Diese Kommissionsmitglieder ließen sich dabei von folgendem Gedankengange leiten: Der bisherige Zustand, daß die Krankenkassenbeamten in den von Sozialdemokraten verwalteten Kassen in erster Linie wegen Zugehörigkeit zur Partei und nicht wegen ihrer Befähigung zum Amte eingestellt werden, ist unerträglich. Niemand soll deshalb Kassenbeamter werden, weil er Sozialdemokrat ist, niemand aber auch deshalb von dem Posten eines Kassenbeamten ferngehalten werden, weil er Sozialdemokrat ist. Bei der Anstellung der Beamten soll lediglich auf ihre Eignung gesehen werden. Findet sich ein tüchtiger Arbeiter für diese Stelle, dann gut. Mit den Rechten der Arbeiter in den Krankenkassen aber hat es nichts zu tun, ob der Kassenbeamte, der da die Bücher führt oder die Kranken kontrolliert, Hans oder Kny heißt. Er soll nur allen Mitgliedern gleich freundlich gegenüberstehen, dafür ist er da und nicht zur Agitation für irgend eine Richtung. Die Rechte der Arbeiter bestehen darin, daß sie im Rahmen des Gesetzes die Statuten festsetzen können. In diesen werden die Leistungen der Kasse normiert und die Beiträge dazu, also auch die Höhe der Beiträge, die der Unternehmer zu zahlen hat. Und diese Rechte sind, wie wir schon dargelegt haben, durch die Verteilung gewahrt geblieben. Die Verteilung verbürgt stets den Arbeitern die Mehrheit in den Kassensagungen (Auswahl und Vorstand), die das Statut festsetzen.

Seit der Staatsprüfung, sowohl wie die gesamte Kommission anerkannt hat, daß die in Anlehnung an die Vor schläge der Versicherungsordnung über das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten (§ 377 ff) ge- setzten Bestimmungen der Kommission nur ein Provisorium sein sollen — man wolle keine Härte entstehen lassen, des- halb die vorläufigen Kommissionsbeschlüsse hierzu — und in der letzten Sitzung eine vollständige Neuordnung dieser Materie erfolgen müsse; weil fernerhin nach tagelanger ver- hältnismäßig ruhiger Diskussion eine recht erhebliche An- näherung der Meinungen über die Artfrage erzielt worden ist, geben wir nicht nur die Kommissionsbeschlüsse nicht

wieder, sondern enthalten uns auch jeder Bemerkung zu der ungemein komplizierten Frage.

Krankenkassen, Apotheken und Drogerien: Die beiden hauptsächlich in Betracht kommenden §§ 404 und 405 geben wir nachstehend vollständig wieder. Der § 406 ist unverändert angenommen, § 407 ist gestrichen worden. Ihre Wiedergabe ist zum Verständnis der Materie nicht nötig. § 404 heißt:

„Die Satzung kann der Vorstand der Kasse ermächtigen, wegen Befreiung der Arznei Vorzugsbedingungen mit einzelnen Apotheken- besitzern oder -verwaltern, soweit die freigegebenen Arzneimittel in Betracht kommen, auch mit Drogeristen zu vereinbaren und, von dringenden Fällen abge- sehen, die Bezahlung anderer abzuschließen, wenn sie sich nicht bereit erklären, zu den gleichen Bedingungen zu liefern.“

Die Verträge sind binnen einer Woche dem Versicherungsamt und außerdem spätestens eine Woche, bevor sie den Kassen- mitgliedern bekannt gegeben werden, allen Apothekenbesitzern und -verwaltern des Kassenbereichs mitzuteilen.

Genügt die von einer Kasse gewährte Arzneiverforgung nicht, so gilt § 400 entsprechend.“

Wie auf die gesperrt gedruckten Worte, beginnend mit „soweit“ und endend mit „Drogeristen“, entspricht dieser Para- graph wörtlich der Regierungsvorlage. Eine vollständige Aenderung hat aber der § 405 von der Kommission erhalten; er lautet:

„Die Apotheken haben den Krankenkassen für die Arzneien nach näherer Bestimmung der obersten Verwaltungsbehörde einen Abschlag von den Preisen der Arzneilage zu gewähren.“

Die Höchstpreise von einfachen Arzneimitteln, die ohne ärztliche Verschreibung (im Handverkauf) abgegeben zu werden pflegen, sind von der höheren Verwaltungsbehörde unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und der im Handverkauf üblichen Preise festzusetzen. Diese Preise dürfen die nach Abj. 1 sich ergebenden Beträge nicht überschreiten. Die oberste Verwaltungsbehörde kann näheres bestimmen, auch der nach § 406 bestimmten Stelle die Festsetzung übertragen.“

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerk- sam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 35. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Aug. bis 3. Sept. fällig ist.

Die Zahlstelle Neumarkt (Oberpfalz) erhält die Genehmi- gung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 60 Pfg.).

Verlorene Mitgliedsbücher. Buchnummer 56352, Hermann Kreuzberg; Buchnummer 11678, Hubert Dersmann. Die Bücher sind für ungültig erklärt.

Lohnbewegung.

Die Ortsvereinigungen haben bei allen Lohnbewegungen der Zentralstelle jede Woche vor Reklamationschluss einen Bericht über den Stand der Bewegung einzufenden.

für eine Arbeitskarte zahlen müsse. Einige Berufe, besonders die bessergestellten, erheben sehr hohe Ein- trittsgebühren. So verlangen die Musiker oft 100 Dollar und mehr. Andere Berufe dagegen fast gar keine. So in der Bekleidungsbranche. Von der Or- ganisation der Glasarbeiterinnen wurden nur 25 ct. erhoben. Von den Fahrern wird besonders in letzter Zeit darauf hingedringt, daß eingewanderte Gewerkschaftler, deren Mitgliedsbuch in Ordnung ist, ohne Eintrittsgeld übernommen werden. Es geschieht dies manchmal, aber selten. Ob jemand einer christ- lichen oder freien Gewerkschaft angehört, spielt da- bei keine Rolle. Sehr viele Gewerkschaften erheben aber noch den Eingewanderten den Beitritt zur Or- ganisation. So erheben die Steinarbeiter New-Yorks von Amerikanern eine Gebühr von 10 Dollar, von den Eingewanderten eine solche von 50 Dollar. Einige Organisationen nehmen aber gar keine Mitglieder mehr an. So beschloßen die Acumner in Chicago nur mehr Söhne von Mitgliedern als Mitglieder aufzu- nehmen. Die Bergarbeiter nehmen Söhne von Mit- gliedern ohne Eintrittsgeld auf. Ist jemand aber mal Mitglied gewesen, so verdoppelt sich stets die Eintrittsgebühr. Bei Streikbrechern und sonstigen Ausgeschlossenen kommt dazu noch die Strafe, die über dieselben verhängt ist. Diese Strafen haben etwas eigenartiges an sich. In vielen Versammlungs- lokalen sind die Hände mit Namen besetzt, die dort einen „Schrenplab“ erhalten haben. Es sind die Na- men von Streikbrechern, die mal Mitglied der Or- ganisation gewesen sind. Dabei steht dann das Datum und der Name der Firma, bei welcher der Betreffende den Streikbrecher gemacht hat, so daß der Mann für immer gebrandmarkt ist. Ueber dem Namen steht dann gewöhnlich noch eine Summe Geldes verzeich- net. Es ist die Höhe der Strafsomme, die über den Betreffenden für sein Vergehen verhängt ist. Diese Strafsomme muß er jetzt dem Eintrittsgeld entrich- ten, wenn er wieder Mitglied der Organisation wer- den will. In den meisten Organisationen verbleibt die Aufnahmegebühr in der Lokalkasse oder wird nur zu einem kleinen Teil der Zentralkasse zugeführt. Ferner wird von den meisten Gewerkschaften, so weit gelernter Arbeiter in Betracht kommen, eine Prüfung verlangt, ob er fähig ist, den Normallohn zu ver- dienen. Es sollen eben nur fähige und tüchtige Leute aufgenommen werden. Selbige es jemand doch in die Gewerkschaft zu kommen und er wird nachher vom Arbeitgeber wegen Unfähigkeit entlassen, so wird er gewöhnlich auch aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Ferner wird auch in vielen Gewerkschaften den Neu- aufgenommenen das übliche Verprechen abgenom- men, daß sie ihre Verpflichtungen gegenüber der Union genau nachkommen wollen. Derselbe Eid wird allerdings von Mitgliedern verlangt, wenn sie einen

Der Zugang ist fernzuhalten

Schreibern und Maschinenarbeitern: Dittlage (Schule), Kaiserslautern, Wesel, Speyer, Sussenhausen, Delmenhorst (Tonjes A.-G.), Siegenhals, Waagen (Waggonfabrik), Gleiwitz. Stellmachern und Wagenkutschern: Waagen (Waggonfabrik), Delmenhorst (Wagenfabrik Tonjes A.-G.) Kleinstkassentischlern: Nürnberg. Klaviermachern: Krefeld (Hain).

Der Akkordtarif für Bauanschläger in Köln, der laut Tarifvertrag bis zum 1. Juni ausgearbeitet und in Kraft treten sollte, ist endlich nach einer Entscheidung des Einigungs- amtes über die Höhe des Stundenlohnes, zum Abschluß ge- bracht worden. Der Durchschnittslohn für Bauanschläger be- trägt nun 61 Pfg., vom 1. Juni 1911 ab 63 Pfg.; vom 11. November ab 64 Pfg. Die Akkordlöhne haben eine wesent- liche Erhöhung erfahren. Die Gründung einer Sektion der Bauanschläger ist in unserer Zahlstelle Köln in Vorbereitung.

Tarifvertragsabschluss in Goch. Nach längeren Verhand- lungen kam es im Laufe der verfloßenen Woche zu einem Vertragsabschluss für das Schreinergerwerbe mit dem Arbeit- geberbunde für das Baugewerbe am Niederrhein. Der Ver- trag läuft bis zum 1. April 1913 und bringt sofort eine Lohnhöhung von 2 Pfg., am 1. April 1911 eine solche von 5 Pfg. und am 1. April 1912 eine weitere von 2 Pfg. pro Stunde; dementsprechend erhöht sich auch der festgesetzte Durch- schnittslohn. Die bisherige 10 1/2 stündige, zum Teil noch 11 stündige Arbeitszeit wird am 1. April 1911 auf 10 Stunden täglich verkürzt. Ueberstunden werden mit 10 Pfg., Nach- arbeit mit 50% und Sonntagsarbeit mit 100% Zuschlag be- zahlt. Bei auswärtigen Arbeiten werden die entstehenden Unkosten vergütet. Eine aus je 3 Mitgliedern zusammen- gesetzte Schlichtungskommission wird gebildet. Erfreulich war es, daß trotz entgegenstehender, mannigfacher Schwierigkeiten es gelang, auf friedlichem Wege diesen erheblichen Fortschritt zu erzielen. Die Gocher Kollegen müssen nun dafür sorgen, daß die jetzige Geschlossenheit unter den Kollegen stets hoch- gehalten wird und daß auch in nächster Zeit die Berufs- kollegen in der Umgegend unserer Organisation zugeführt werden.

In Siegenhals (Schlesien) sind nach beendeter Kündigungs- frist die Kollegen am 23. August in den Ausstand getreten. Zunächst war nur in den bestorganisierten Werkstätten ge- kündigt. Daraufhin kündigten die Arbeitgeber allen organi- sierten Gesellen. Dies veranlaßte eine Anzahl unorganisierter Kollegen, ebenfalls die Kündigung anzunehmen. Einige Meister erklärten den schlußmachenden Gesellen, persön- lich wohl bewilligen zu wollen, die Forderung ließe es aber nicht zu. Warren wir ab!

Grande Differenzen in Gleiwitz (O.-Schles.) scheinen bevor- zustehen nach dem bisherigen Verhalten der dortigen Arbeit- geber. Diese meinen in Rücksicht auf die Konkurrenz nicht die für das übrige obereschlesische Industriegebiet durch aus festgesetzte Arbeitszeit und die Löhne bewilligen zu können. Da unsere Kollegen mit Recht der Meinung sind, daß das was die Meister in Kattowitz, Königshütte und Beuthen ihnen

Aus dem Gewerkschaftsleben Nordamerikas

Von Hubert Erpenbeck.

Der demokratische Gedanke in der amerikanischen Staatsverfassung spiegelt sich auch im Gewerkschafts- leben wieder. Während bei uns die Gewerkschaften einen zentralen Charakter haben, tragen sie drüben einen föderativen. Den Einzelzahlstellen sind be- deutend größere Rechte eingeräumt; ebenso den Mit- gliedern. Während bei uns die geschäftlichen Ange- legenheiten mehr vom Vorstände erledigt werden, geschieht es dort von den Mitgliedern. Dem Vor- stande ist lediglich die Ausführung der Beschlüsse über- tragen. In den Mitgliederversammlungen werden fast nur geschäftliche Angelegenheiten erledigt. An die unbedeutendsten Sachen wird sich oft Stunden- lang herum gequillt. Dadurch werden die Versammlungen fürwahr langweilig. Um aber einen guten Zweck zu haben, werden oft Geldstrafen auf den Nichtbesuch der Versammlung gesetzt. So erheben die New-Yorker Holzarbeiter für den Nichtbesuch der Quartalsversammlung einen Dollar als Strafe. Jedem 1. Jahrestag hat man dieselbe Tagesordnung. Sie ist im Voraus festgelegt und darf nicht geändert werden. Auch haben sehr viele Zahlstellen ein Sa- lungswort. Dasselbe wird monatlich gewechselt, und zur den Kennen des Wortes wird der Zutritt zu der Versammlung gestattet. Nichtmitglieder erhalten keinen Zutritt, man ist immer lange vor Erwägen. Besonders hat es mir oft die größte Mühe gekostet, Zutritt zu den Versammlungen zu erhalten. Bei- spielsweise hatte ich die Genehmigung vom Vor- stande, mußte dann aber noch Kundentag vor der Versammlung bis ich die Mitglieder für Zutritt oder Nichtzulassung erklärt hatten. Auch die Aufnahme von Mitgliedern liegt in den Händen der Zahlstelle. Die Mitglieder bestimmen stets, ob der vorgeschlagene Kandidat als „brother“ aufgenommen werden soll oder nicht. Ebenfalls wird die Aufnahmegebühr von den Zahlstellen festgesetzt. Der Zentralverband legt nur eine Mindestsumme fest, die dann von den Zahl- stellen beliebig erhöht werden kann. So ist von dem Verbands der Holzarbeiter das Eintrittsgeld auf 10 Dollar festgesetzt. Die meisten Zahlstellen erheben aber 20 Dollar und mehr. Dasselbe richtet sich ge- wöhnlich nach Knacht und Nachtag. In ein Bei- spielsweise an Mitgliedern, da, so werden die Eintritts- bedingungen erleichtert, ist ein Ueberangebot da, so werden sie erhöht. In Chicago wurde ich auf Grund meines deutschen Mitgliedsbuches mit 2 Dollar Ein- trittsgeld aufgenommen, als ich aber später nach New-York kam wurde mir dort gesagt, daß wenn ich dort Arbeit suchen wollte, ich nachmal 12 Dollar

Beamtenposten intreten oder an Verbandstagen teil- nehmen.

Die regelmäßigen Mitgliedsbeiträge sind in der Regel niedriger wie bei uns. Gewöhnlich sind 6 Monatsbeiträge. Doch findet man auch wöchentlich oder auch viertel- und halbjährliche Beitragszahlungen. Es geschieht das Quittieren gewöhnlich durch Karte. Die Mitgliedsbücher haben meistens ein sehr kleines oft nur Kartenformat. In den meisten Organi- sationen wird ungefähr ein Drittel der Beiträge der Zentralkasse abgeliefert, während zwei Drittel der Beiträge der Lokalkasse verbleiben. So bezahlen die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes 50 ct. in einen Dollar monatlich, von denen 25 ct. der Zen- tralkasse abgeführt werden. Die Holzwerker bezahlen 75 ct., von denen ebenfalls 25 ct. abgeführt werden. Die Antreiber zahlen auch 75 ct. und führen davon an die Zentralkasse 30 ct. ab. Ähnlich sind die Ver- hältnisse bei den anderen Organisationen. Viele Or- ganisationen nehmen auch Lehrlinge auf. Dieselben bezahlen die halben Beiträge. Auch ist die Zahl der Lehrlinge, sowie Lohn und Lehrzeit derselben von den Gewerkschaften tariflich geregelt. Die meisten Ge- werkschaften gestatten auf 3-5 Gehilfen einen Lehrling. Die Holzarbeiter gestatten z. B. auf 8 Gehilfen einen Lehrling; die Holzwerker auf 5 und die Eisen- behner in Indianapolis auf 7 Gehilfen. Die Lehrzeit beträgt bei den Holzwerkern 3, bei den Schre- nern 4 und bei den Glasbläsern 5 Jahre.

Am praktischsten zeigt sich der Amerikaner bei Einziehen der Beiträge. Ein Nachlaufen durch Be- trauensleute wie in Deutschland kennt man nicht. Gewöhnlich hat man an den Büros Schalter, wo man sie hier an der Post hat, an denen die Beitrags- marken verkauft werden. Der Werkstattdelegier- teuf dann monatlich die Bücher kontrollieren, ob ab- den Beitrag bezahlt haben. Wenn sich einer weigert zu zahlen, erfolgt der Ausschluss aus der Organi- sation, mit dem gewöhnlich auch der Verlust des Be- trittsolohnes verbunden ist. Den praktischsten Weg haben aber unzweifelhaft die Straßenbahn-Organ- isationen beschritten. Die Mitglieder tragen alle ein sichtbares Abzeichen von der Größe eines deutschen Zweimarkstückes. Auf diesem Abzeichen steht der Name der Organisation sowie die Nummer der Zahl- stelle, so daß man sofort den Organisierten von den Unorganisierten unterscheiden kann. Des weiten dient aber auch das Abzeichen als Quittung über den bezahlten Monatsbeitrag. Denn auf der Marke ist ebenfalls der laufende Monat. Wenn die Mitglieder am ersten Tage des Monats ihre Beiträge bezahlt erhalten sie gleichzeitig das neue Abzeichen, so daß jeder Passant auf jeden Schritt schon sehen kann, ob der Empfänger im Wagen auch letzte Monatsbeitrag bezahlt hat. Man sieht, praktischer geht's nicht.

Gefellen bieten, auch in Gleiwitz möglich sein muß, wurde nach resultatlosen Verhandlungen am Dienstag, 23. August, für Dienstag, den 6. September, die Kündigung eingereicht.

In der Möbelfabrik D. F. Schulze, Prießbus (Schles.) haben die Kollegen nach dreiwöchentlichem Streik die Arbeit wieder aufgenommen, da inzwischen ihre durchaus berechtigten Forderungen glatt bewilligt wurden. — Die Arbeitszeit beträgt nun 5 1/2 Stunden wöchentlich; die Lohnarbeiter bekommen 2 1/2 Besperpausen mit verrechnet, erhalten also 58 Stunden vergütet. Mit jedem Tischler wird ein bestimmter Stundenlohn vereinbart, der dem Durchschnittsverdienst der letzten 6 Monate entspricht und bei Lohnzahlung als Abschlag gemäß der geleisteten Arbeitsstunden gezahlt wird. Für Maschinenarbeiter und Weizer wurde ein Mindestlohn festgesetzt. — Für den Transport der Hölzer und Materialien in der Tischlerei wird ein Hilfsarbeiter eingestellt; um zu erreichen, daß ein älterer kräftiger Arbeiter sich dazu meldet, wird diesem ein Stundenlohn von 35 Pf. im Anfang gewährt, welcher Lohn später eventuell zu erhöhen ist. — Die Vereinbarungen gelten bis 1. Juli 1912. — Durch strammes Festhalten an der Organisation müssen nun die Kollegen sorgen, daß das Vereinarbete auch im Betriebe innegehalten wird.

Berichte aus den Zahlstellen.

Hagen-Hafpe. Am Freitag, den 19. August fand in Hagen eine öffentliche Versammlung der Holzarbeiter, einberufen von unserem Verbandsrat, statt. Die Tagesordnung beschäftigte sich mit der letzten großen Metallarbeiterausperrung in den Kreisen Hagen-Schwelm und deren Rückwirkungen auf die Holzarbeiter im allgemeinen und insbesondere auf die an der Aussperrung beteiligten Kollegen. Die Behandlung dieser Frage war durch das Verhalten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes gegenüber den christlichen Verbänden zur zwingenden Notwendigkeit geworden. Genannter Verband schreckt in Punkte Verbächtigung auch vor den elendigten Verleumdungen und gewagtesten Kombinationen nicht zurück und leistet in Sachen der persönlichen Verunglimpfung das menschenmögliche. „Arbeitererrat“, „Festhalten“, „Brüder in Christo“, „Hyänen des Schlachtfeldes“, „Vorbrüchige“ sind augenblicklich in Hagen-Schwelm die ständigen Rosenamen für die christliche Organisation und deren Führer. Es galt für uns diesem widerlichen, unehrlichen Treiben, an dem auch wir, weil über 100 Holzarbeiter an der Aussperrung beteiligt waren, nicht achtlos vorübergehen konnten, auf den Grund zu gehen. Kollege Arbeitersekretär Koch-Hagen ließ als Referent die Bewegung in ihrer Gesamtheit, insbesondere die Vorgänge bei der Waggonfabrik Kisting & Sohn Remme passieren. In ausführlicher Weise schilderte der Redner, wie seitens des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes „die Karre verfahren“ wurde und wie schwer es deshalb hielt, bei genannter Firma für die Kollegen etwas zu erzielen. Die Glanzleistung der Anerkennung des einseitigen Arbeitgeber-Zwangsnachweises seitens des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes, der sonst nicht genug in angeblichen paritätischen Nachweisen machen kann, werden die Holzarbeiter im Bezirk Hagen-Schwelm sobald nicht vergessen. Kollege Koch behandelte diese Sache ausführlich und forderte zum Schluß auf, aus den Vorstimmnissen die Lehre zu ziehen und sich der Organisation, die es ehrlich mit den Arbeitern meine, die auch mit offenen Bistier Kämpfe, anzuschließen; da käme nur der christliche Verband in Frage. In der Diskussion sprach erst ein Kollege roter Couleur und griff dieser unsere Metallarbeiterorganisation, insbesondere deren Vertreter Kollegen Klef an. Der Angegriffene kam gerade aus einer Vertrauensmännerversammlung seiner Organisation noch zur rechten Zeit und leuchtete dem Durcheinander gründlich heim, wie er auch das ganze Gebahren der Gegner und ein noch nicht allgemein verbreitetes Flugblatt einer treffenden Kritik unterzog. Es sprachen alsdann noch verschiedene Kollegen von uns wie auch vom roten Holzarbeiterverband. Letztere erklärten, daß sie unter allen Umständen von ihrem Verbände Aufklärung verlangen würden. Kollege Bruner, der Vorsitzende unserer Zahlstelle, wie auch Kollege Koch forderten zum Schluß die Kollegen auf, „ganze Gewerkschaftler“ zu sein, immer der Ausdehnung des Tarifiedankens ihre ganze Kraft zu weihen, um durch die Organisation den Tarif zu einer für die Arbeiter gegenwärtigen Einrichtung zu machen; dieses ist höchstes und erstes Ziel des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter. Darum sei es Pflicht eines jeden Kollegen, für die Stärkung des Verbandes zu sorgen, ihm beizutreten, Kämpfer zu sein im Dienste der Allgemeinheit.

Stuttgart. Kürzlich fand eine Vorstandssitzung sämtlicher Zahlstellen Groß-Stuttgarts im „Römischen König“ wegen der Lokalfrage statt. Das Ergebnis der Sitzung war ein Beschluß, die in verschiedenen Lokalen tagenden Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften in einem größeren Verkehrslokale zusammenzufassen und eine Verkehrszentrale für alle christlichen Gewerkschaftler Groß-Stuttgarts zu schaffen. Im „Wasthaus zum Römischen König“, das einen neuen Wirt erhalten hat, tagen auch unsere 800 Stuttgarter Eisenbahner. Es sind dort für die durchreisenden Kollegen eine Anzahl von Zimmern frei, wo sie übernachten können für billiges Geld und wo sie auch am Abend in der Wirtschaft immer christliche Gewerkschaftler vorfinden können, die dort ihr „Schöple“ mit oder ohne Familie trinken. Wir glauben mit der Schaffung eines solchen Zentralpunktes in Stuttgart unsere Kollegen dahin zu bringen, daß nicht mehr der eine hier der andere dort seinen freien Abend verbringt, sondern daß, wie die Sozialdemokraten in ihrem Gewerkschaftshaus, wir in dem unseren uns kollegial und kameradschaftlich zusammenfinden können. Das gilt nicht nur für die Jüngeren, sondern noch mehr für die ansässigen verheirateten Kollegen, die man in den Mitgliederversammlungen selten zu Gesicht bekommt. Hier ist jetzt das Verkehrslokal der Ort, wo sie am Sonntage nach dem Spaziergange mit ihrer Familie sich auch etwas sehen lassen können. Schaden wird es keineswegs. Die Verbandszeitungen hängen im Lokal aus. Ehrenpflicht unserer Mitglieder ist es aber auch, den Mitgliederversammlungen pünktlich zu erscheinen und nicht zu schwänzen, wie das manche faule Geißer an sich haben. Wir erwarten von der Schaffung des Verkehrslokales ein noch viel reicheres Gewerkschaftsleben in Stuttgart. Das Lokal ist im „Wasthaus zum Römischen König“.

Lehrerbildung. Am Sonntag, den 21. August, traten die hiesigen Holzarbeiter zusammen, um auch hier unseren Verband einzuführen. Ein dankenswerter hat Kollege Stiels vom christlichen Lehrerbundverband uns dabei unterstützt. Wenn auch die Zahl der Kollegen an Ort nicht allzu groß ist, so ist doch die Organisation der Holzarbeiter genau so notwendig wie z. B. für die Lehrerbildung, welche durch ihre partei Zahlstelle schon so manchen

Erfolg errungen haben. Dem guten Beispiel derselben wollen wir denn auch folgen und dafür sorgen, daß auch unser Verband im Kreise Kempen dieselben Fortschritte macht, wie an vielen andern Orten am Niederrhein.

Wetze. Wenn wir auch wenig an die Dessenlichkeit treten, so ist das doch kein Zeichen, daß wir hier nicht arbeiten. Wir arbeiten tüchtig an der inneren Festigung der Zahlstelle und an der gewerkschaftlichen Schulung unserer Mitglieder. Wenn unsere Mitgliederzahl nur langsam voranschreitet, so liegt das an den schwierigen Verhältnissen, unter denen wir hier in Wetze zu arbeiten haben. Am Sonntag, den 20. August, hielten wir unsere Mitgliederversammlung ab, zu der auch Kollege Meyer-Röln erschienen war, und uns einen lehrreichen Vortrag hielt. Es waren eine stattliche Zahl Kollegen, darunter auch eine Anzahl unorganisierte, anwesend. Wir konnten nach dem Vortrag eine Zunahme der Zahlstelle um 14 Mitglieder verzeichnen. Nun heißt es, die gewonnenen Mitglieder bei der Fahne zu halten. Es ist auch Pflicht aller Mitglieder, kräftig in der Agitation mitzuarbeiten, damit wir die Zahl Hundert bald überschreiten können.

Essen. Wie fast überall, so macht sich auch in Essen in diesem Jahre ein erfreulicher Umschwung zum Besseren in der Konjunktur gegenüber den letzten beiden Jahren bemerkbar. Wenn auch im Holzgewerbe der Beschäftigungsgrad von 1907 noch nicht erreicht ist, so kann aber dennoch eine ziemliche Neubelastung konstatiert werden. Dieses kommt auch in den Organisationen im allgemeinen und in unserem Verbands im besonderen zum Ausdruck. Die Zahl der im 2. Quartal dieses Jahres gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahres verkauften Beitragsmarken ist um über 800 und die Mitgliederzahl um 63 gestiegen. Auch das 3. Quartal wird uns einen weiteren Zuwachs bringen und sofern alle Kollegen sich rühlig in der Agitation betätigen, muß es gelingen, bis zum Jahreschluß 600 Mitglieder zu erreichen.

Die am 1. Juli tariflich vorgezeichnete 9 stündige Arbeitszeit mit der gleichzeitigen Lohnerhöhung von 3 Pfennig pro Stunde ist im allgemeinen ohne größere Schwierigkeiten auf der ganzen Linie zur Einführung gelangt. In einigen Fällen mußten allerdings die Organisationsleitungen eingreifen, um den Tarif zur Durchführung zu bringen.

Auf Grund der durch Tarifvertrag eingetretene Lohnerhöhung im Schreinergewerbe, sowie vor allen Dingen wegen der allgemein verteuerten Lebensweise haben auch die bei der Firma Krupp beschäftigten Holzarbeiter ihrer Betriebsleitung eine Eingabe wegen Lohnerhöhung unterbreitet mit dem Erfolge, daß eine allgemeine Lohnaufbesserung von 30 bis 40 Pfennig pro Tag eintritt. Diesen Erfolg haben die Krupp'schen Kollegen hauptsächlich den organisierten Kollegen, die in Privatbetrieben beschäftigt sind, zu danken. Des besseren Verständnisses halber sei mitgeteilt, daß von circa 350 bei der Firma Krupp beschäftigten Holzarbeitern noch nicht der vierte Teil organisiert ist. Es sei denn, daß sich die einige Duzend sogenannter Gelben auch als organisiert betrachten. Von denjenigen selbstbewußten Arbeitern werden diese Drohnen der Arbeiterschaft jedoch nur als Speichelleeder und Augenbiener betrachtet. Als Beweis dafür diene folgendes Vorkommnis: Unmittelbar nach der Lohnbewegung der Krupp'schen Holzarbeiter unterbreiteten auch die Klempner der Firma zu demselben Zweck eine Eingabe. Die Klempner sind in demselben Betriebe (Wasserschiff) tätig, wie die Holzarbeiter. Bei den Verhandlungen wurden den Klempnern jedoch nur 20 Pfennig Zulage pro Tag zugestanden. Auf die Bemerkung, daß doch die Holzarbeiter 30 bis 40 Pfennig erhalten hätten, wurde erwidert, daß man bei den Holzarbeitern sich auch nach der Zulage im Privatgewerbe gerichtet habe. Mit diesen wenigen Worten aus berufenen Munde, ist den bei Krupp, auf den Geheiß und allen sonstigen größeren Werken beschäftigten Holzarbeitern, die da stets behaupten, „für uns hat der Verband keinen Zweck“, eine gründliche und sehr deutliche Widerlegung zuteil geworden. Hiernach muß auch den Krupp'schen Kollegen klar werden, daß die in Privatbetrieben beschäftigten organisierten Kollegen die Pionierarbeit für sämtliche Berufs-Kollegen, ob sie in Fabriken, Werken oder sonst irgendwo beschäftigt sind, zu leisten haben. Es steht zu erwarten, daß man mehr die ehrlich denkenden, bei Krupp beschäftigten Kollegen, in großer Zahl unserem Verbands beitreten.

Weiterhin eröffnet sich hier aber auch ein ergiebiger Arbeitsfeld für die „Genossen“. Wenigstens nach ihrem Ermessen. Mögen sie hier einmal ihrem Latenzbrang die Zügel schießen lassen. In letzter Zeit haben sich die Herrschaften der Einfachheit halber darauf verlegt, uns die Mitglieder abzujagen. In einigen Fällen bei urteilslosen zweifelhaften Elementen mit Erfolg, in den meisten Fällen sind sie dagegen gründlich abgeblitzt. Die „Genossen“ arbeiten da, wie uns mitgeteilt wird, nach folgender Methode: Zwei Agitatoren suchen unsere, den roten geeignete erscheinende Kollegen mit einem, mit unserm Mitglied zusammen arbeitenden „Genossen“ in der Wohnung auf. Das „rote Schnupftuch“ steckt man bei derartigen Anlässen selbstredend recht tief in die Tasche. Es wird dann über alles mögliche, noch mehr aber über das Unmögliche geredet und werden unserm Verband allerdings Antugenden angehängt. Vor allem dient den „Genossen“ unsere Unterstützungseinrichtung bei diesem unsauberen Geschäft als Sündenbock. Dabei versäumt man selbstverständlich, auch die Bestimmungen auseinander zu legen, wonach sich die Mitglieder des roten Verbandes schlechter stellen als die Mitglieder unseres Verbandes. Es ist nicht unser Geschma, aber derartige Dinge zu disputieren. Da die roten Lügenbeutel aber nicht nachlassen, unsere Mitglieder, vor allem auch in den Werkstätten, mit den verwerflichsten Mitteln zu belästigen, sei nur ein einziger Fall herausgegriffen: Zunächst behaupten wir, daß die „Genossen“, die zurzeit in Essen denselben Beitrag zahlen wie wir, auch nicht einen halben Pfennig mehr an Unterstützungen zahlen. Das Gegenteil trifft jedoch zu. Im Anfang dieses Jahres zahlten die roten in der Zahlstelle Essen einschließlich der Zahlstelle Krupp-Steele 1 Mk. Wochenbeitrag. Im zweiten Quartal dieses Jahres brach bekanntlich bei der Firma Heymann in Krupp ein vierwöchentlichem Streik aus. Die daran beteiligten „Genossen“ hofften nun angesichts der Markt Veitrag eine recht hohe Unterstützung zu bekommen. Aber welche Enttäuschung machte sich auf den Gesichtern derselben ab, als sie auch nur soviel erhalten, wie früher bei niedrigerem Beitrag gezahlt wurde. Aber noch mehr, sogar die anlässlich dieses im Vorjahre geführten Streiks gehaltenen Mietsaufschläge sollten nach den Worten des Gewerkschafters nicht wieder gewährt werden. Wir hatten im verfloßenen Frühjahr mehr als einmal Gelegenheit, insbesondere wegen der vorübergehenden Beitragserhöhung, Mitglieder aus dem roten Verband zu gewinnen. Wir haben hiervon Abstand genommen, allerdings wie sich nun zeigt, zu unserm Nachteil. Unsere Kollegen werden gut tun, in Zukunft auf diesem Gebiete mehr wie bisher aus sich heraus zu gehen. Eine solche nichtsnutzige Kampfmethode, wie sie die „Genossen“ in letzter Zeit (allerdings recht heimlich) eingeschlagen haben, können wir nicht länger mehr dulden.

mit ansehen. Wir fordern daher unsere sämtlichen Kollegen der Zahlstelle auf, gleiches mit gleichem zu vergeten. Weiter fordern wir alle Kollegen auf, unserer Geschäftsstelle (am besten persönlich) mitzuteilen, wenn von Seiten der „Genossen“ wieder das Anfinnen, zum roten Verband überzutreten, gestellt wird. Mögen die „Genossen“ lieber dafür sorgen, daß ihre größten Schreier den Tarif einhalten. Haben wir hier doch Werkstellen zu verzeichnen, in denen die „Genossen“ dominieren, wo nicht nur Tage und Wochen, sondern monatelang ununterbrochen Ueberstunden gemacht werden. Wenn die Verwaltung in diesem Sinne ihre Tätigkeit entfalten wollte, so wäre damit der gesamten Kollegenschaft ein großer Dienst erwiesen.

Tapezierer und Sattler.

Danzig. „Nieder mit den Junkern und Pfaffen! Knecchten!“ Mit dieser Parole kündigt das demnächst erscheinende Danziger Genossenblatt, dessen Verleger der Arbeitsnachweisführer der Danziger Tapezierer, Brochwitz, sein wird, sein Erscheinen an. Wehe den armen „Passivnetzen“, und zu denen gehören ja auch die christlichen Tapezierer, wenn neben Brochwitz Herr Christien, der Redakteur des kommenden Blattes seine Feder in Bewegung setzt. Dann wird den christlichen Arbeitern in Danzig bald der Garaus gemacht werden!

Vorläufig führt aber Brochwitz noch allein die gisige Feder im Kampf gegen diejenigen, welche sich gegen die rote Zwangsjacke wehren. Das „Korrespondenzblatt des Tapeziererverbandes“ Nr. 34 muß seine Spalten hierzu hergeben. „Organisationszerplünderer“ nennt mich B., weil ich es gewagt habe, die Praxis des Arbeitsnachweises zu kennzeichnen. Brochwitz dürfte es doch bekannt sein, daß nicht derjenige ein „Organisationszerplünderer“ ist, der eine christliche Zahlstelle gegründet, sondern jene den Fuch der Arbeiterschaft auf sich geladen haben, welche den Fremdkörper Sozialdemokratie in die Gewerkschaftsbewegung trugen. Oder glaubt B. vielleicht, jeder Arbeiter müsse sich unter das Joch der Sozialdemokratie beugen? Wenn dieses die christlichen Arbeiter nicht hinnähmen, so paßt auf sie das Sprichwort: „Nur die allerden... müssen Kälber, wählen ihre Regler selber.“ Die christlichen Tapezierer sind nicht willens, sich der Sozialdemokratie zu ergeben. Der sogenannte „freie“ Tapeziererverband ist nichts anderes als eine sozialdemokratische Organisation. Daher auch die Anweisung in einer der letzten Sitzungen der „freien“ Tapezierer, daß „wenigstens jeder Vertrauensmann das demnächst erscheinende (sozialdemokratische) Wochenblatt zu halten habe.“

Brochwitz unterzieht mir, im Kampfe gegen den Tarifvertrag, Brogegen ich den Kampf aufgenommen habe, das ist der paritätisch sein sollende Arbeitsnachweis und der Zwang, der sich aus diesem Arbeitsnachweis für die christlich-national gestimmten Tapezierer ergibt. Der Arbeitsnachweis soll keine Zwangsverpflichtung für den roten Verband sein! Diesen Kampf habe ich aber speziell auf den Wunsch einer Anzahl Tapezierer, die sich im roten Verband wegen seiner sozialistischen Tendenz nicht wohl fühlen ausgenommen; das ist sicher, beim nächsten Tarifabschluß sprechen wir mit! Was die Schilberung des Terrorismus anbelangt, so halte ich das aufrecht, was ich geschrieben habe. Brochwitz bestreitet, daß der Tapezierer, welcher bei uns organisiert war, außer Arbeit gebracht wurde; er bestreitet jedoch nicht, daß man ihn zum Uebertritt gezwungen hat. Hierüber schwärmt er sich aus! Die Kollegen, welche an den Sitzungen des „freien“ Tapeziererverbandes teilgenommen, wissen, weshalb Sturm gegen den Kollegen geblasen wurde. Wenn B. sich der Kollegen so sicher im „freien“ Verband ist, daß er meint, wir würden die christlichen Tapezierer nicht in unsern Verband bringen, warum stellt er denn Beobachtungsprotokolle vor unser Büro auf? Es müssen also doch eine Anzahl Tapezierer nicht mit dem „freien“ Verband zufrieden sein. Die Zantereien, die dort an der Tagesordnung sind und die sogar zum Hauswerfen führen, stoßen auch verständige Leute ab. Den christlich gestimmten Kollegen aber rufe ich zu: Wartet die Furcht vor den „Genossen“ von Euch! Unsere christliche Gewerkschaft in Danzig ist groß geworden nicht in anglistischem Zaudern, sondern im mutigen Kampfe gegen die Feinde eines freien Arbeiterstandes, gegen die Sozialdemokratie und die mit dieser weisungsgleichen „freien“ Gewerkschaften.

P. Schopohl.

Sterbetafel.

Klaas Beemans, Holzarbeiter, gestorben zu Papenburg, Ruhe in Frieden!

Gewerkschaftliches.

„Aus einer christlichen Gewerkschaft“ bezieht sich eine Broschüre, die der ehemalige Redakteur der „Gewerkschaftsstimme“ Johannes Wolf (Lupus) gegen den Zentralverband der Staats-, Gemeinde-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstigen Industriearbeiter Deutschlands (Sitz Kschaffenburg) geschrieben hat. Die Schrift soll sein, eine „authenthische Darlegung der heillosen Mißwirtschaft“ in genanntem Verbands, die hauptsächlich auf das Konto des Verbandsvorsitzenden Oswald geschrieben wird.

Der Broschürenschrreiber ist derselbe Wolf, der von seinem Posten als Redakteur entfernt wurde, weil er seiner Aufgabe sich nicht gewachsen zeigte. Als Bezirksleiter in Hannover versuchte er dann auf eigene Faust die Land- und Waldarbeiter vom Verbands abzuspalteln, jedenfalls um sich an die Spitze stellen zu können. Als er deshalb seines Amtes enthoben wurde, ging er her und bot der sojd. Presse „sein Material“ gegen genannten Verband zum Kaufe an. Als 900 Arbeiter in Solnhofen im Streik standen, versorgte Wolf die den Arbeitgebern zugetane Presse mit Notizen, die besagten, daß der Verband mangels Geldmittel den Streik nicht durchhalten könnte. Die edle Seele wurde wegen dieser Lügen gar von der sojd. Presse abgepöbelte; was letztere nicht hinderte, in diesem Jahre wieder Wolf'sche Notizen gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung aufzunehmen. Derselbe Wolf schreibt jetzt in seiner Broschüre, daß er noch immer auf dem Standpunkte der christlichen Gewerkschaftsbewegung stehe und die Dinge nur veröffentlichte, um den christlich organisierten Arbeitern zu dienen. Ein netter Kumpell!

Die Anklagen, die Wolf gegen den Verband erhebt, dauern aus jener Zeit, als Wolf noch selbst in leitender Stellung im Verbands tätig war. Wenn er seine Angaben

gläubig machen will, muß er folglich auch seine eigenen Sünden eingestehen. Wenn er z. B. mit einer Druckerei auf eigene Faust hinter dem Rücken des Zentralvorstandes, bezgl. des Druckes des Organs, einen für den Verband finanziell ungünstigen Vertrag abschloß und wie sich später herausstellte, er dafür eine Gratifikation seitens des Druckers erhielt, dann ist er keineswegs der Mann, der berufen ist, anderen Leuten Vorhaltungen zu machen.

Daß der von Wolf vorgenommene Verband in seiner Zusammenfassung für sehr viele christl. Gewerkschaftler nicht das Ideal einer Organisation darstellt, braucht wohl nicht besonders betont zu werden. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Verband nicht nach besten Kräften bestrebt war, die Interessen seiner Mitglieder wahrzunehmen. Aber die Verschiedenheit der Interessen, der aus Duzenden von Berufen sich rekrutierenden Mitglieder, die untereinander nicht die geringste Verwandtschaft haben, erschwert die gewerkschaftliche Arbeit sehr. Die Teilung des Verbandes ist u. E. deshalb auch nur eine Frage der Zeit. Der Wolf'schen „Einküllungen“ bedurfte es dazu keineswegs. Die Angriffe, die Wolf gegen den Verbandsvorsitzenden Osmbald und die meisten Beamten des Verbandes richtete, sind offensichtlich der Verärgerung über die Abhängigkeit entworfen. Ueberall hat der Mann Gelpenker gesehen. Wenn Monsieur Wolf es ehrlich meinte mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung, hätte er seine angeblichen Beobachtungen der kompetenten Stelle mitgeteilt. Daß er es nicht getan hat, kennzeichnet allein schon den wahren Charakter des Helben. Er mag sich aber gesagt sein lassen, daß er die christliche Gewerkschaftsbewegung nicht schädigen kann, mag er noch so viele Schriften verfassen. Sein jetziges Machwerk bringt ganz bestimmt keinen Schaden. Im übrigen werden die Angegriffenen sich schon wehren.

Gewerkschaftliche Verbandstage. Das zehnjährige Bestehen des Verbandes christlicher Schneider gab dieser Organisation Veranlassung, ihre diesjährige Generalversammlung an der Gründungsstätte des Verbandes, in München, abzuhalten. Eine zwölftägige Jubiläumssnummer der „Schneider-Zeitung“ wies auf die Bedeutung der diesmaligen Tagung hin. Wichtigere Änderungen im Verbandesleben brachte der Verbandstag nicht. Von Interesse ist, daß Reichstagsabgeordneter Kollege Schirmer einen Vortrag hielt über „Reichsversicherungsordnung und Heimarbeiterschutz.“ — Die Keramiker und Steinarbeiter tagten ebenso wie die Telegraphenarbeiter in Köln. Die Mitgliederzahl des erstgenannten Verbandes beträgt heute 6100. Der Verbandstag befaßte sich u. a. mit dem Arbeiterschutz in der Industrie der Steine und Erden, sowie mit den in diesen Industriezweigen angutreffenden Betriebs-, Vertrags- und Organisationsverhältnissen. — Die Telegraphenarbeiter lehnten auf ihrer Tagung eine Verschmelzung mit dem sozialistisch durchgeführten Bund der Telegraphenarbeiter (Sig. Berlin) ab. Sie erklärten, daß eine Verschmelzung solange nicht in Frage kommt, als jener Bund nicht die Grundzüge der christlichen Gewerkschaften annimmt. Die Verschmelzungfrage hat im letzten Jahre ziemlich viel Unruhe im Blut gemacht. Jetzt wissen die „Genossen“, die sich in die Einzelarbeiterverbände mit neutralem Anspruch einmischen, wenigstens, daß die christlich organisierten Einzelarbeiter nicht die Mittel sind, für die man sie fortwährend zu verschleifen sucht.

Soziale Rundschau.

Der sozialdemokratische Volksbetrug wurde auf dem kürzlich stattgefundenen Parteitag der badischen Genossen, vom Landesabgeordneten Kolb glatt zugegeben. Kolb, der Führer der badischen Sozialdemokratie, erklärte daselbe, was von allen bürgerlichen Politikern schon immer behauptet wurde, nämlich, daß die deutsche Sozialdemokratie die Arbeiterschaft seit vierzig Jahren an der Nase herumführt und im politischen

Leben noch nicht das geringste erreicht habe. Nach dem Bericht des „Vorwärts“ führte Kolb aus:

„Im Reichstage wird Politik getrieben ohne die Sozialdemokratie, das kann nicht in alle Ewigkeit so weiter gehen. Es muß einmal etwas herauskommen. Will man den deutschen Arbeitern zumuten, Millionen zu opfern, lediglich um zu demonstrieren? Das können wir billiger haben.“

Mit diesen Worten vergleiche man einmal die großsprecherischen Redensarten der „freien“ Gewerkschaftsblätter über die Sozialdemokratie, als alleinige Vertreterin der Arbeiterinteressen im Parlament. Fürwahr eine nette Partei, die in mehr wie vierzigjähriger Tätigkeit noch nicht vermocht hat, im Reichstage etwas für die Arbeiter durchzusetzen. „Es muß einmal etwas herauskommen“, ruft Kolb deshalb wütend aus, weil bis heute eben bei der ganzen sozialdemokratischen Politik noch nichts herausgekommen ist. Vierzig lange Jahre hat so die Sozialdemokratie und mit ihr die „freie“ Gewerkschaftsbewegung die deutsche Arbeiterschaft betrogen. Nach den Aussagen des Sozialdemokraten Kolb!

Unfallfolgen. Ein Kollege schreibt uns: Erfreulicherweise hat sich der letzte Verbandstag mit den gesundheitlichen Gefahren in unserem Gewerbe befaßt. Wie Kollege Knebel in seinem Vortrage ausführte, kommt auf 19 versicherte Holzarbeiter pro Jahr ein Unfall, wogegen in der gesamten Unfallversicherung erst auf 28 Versicherte ein Unfall zu verzeichnen ist. Bei den Holzberufsgenossenschaften wird der dritte bis vierte Unfall entschädigungspflichtig und stehen diese damit nach den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften an zweiter Stelle der Berufsgenossenschaften überhaupt. Es geht daraus hervor, daß die Unfälle der Holzarbeiter durchweg schwererer Natur sind als die der anderen Berufe. Die Schwere der Unfälle zu beobachten hat man die beste Gelegenheit als Beisitzer am Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. Und die Schiedsgerichte müssen sich verhältnismäßig viel mit den Holzberufsgenossenschaften befassen. Da mehrere Kollegen unseres Verbandes als Beisitzer der Schiedsgerichte fungieren, werden wir von diesen Kollegen wohl erwarten können, daß sie uns auf die großen Gefahren in unserem Gewerbe aufmerksam machen.

Die Mehrzahl der Unfälle im Holzgewerbe sind Verluste von Gliedern, ganz besonders von Fingern. Sie sind durchweg auf das Konto der Maschinen und Werkzeuge zu schreiben. Dagegen sind die Unfälle anderer Berufe mehr anderer Art, wie Knochenbrüche, Quetschungen, Verstauchungen usw. Unter den Holzarbeitern beachtet man leider heute einen kleinen Unfall kaum mehr, man geht über eine kleine Verletzung hinweg, aus dem Grunde, weil es gar nichts neues ist, wenn ein Kollege ein Fingerglied oder einen ganzen Finger verloren hat. Die Unfall-Berufsgenossenschaften zahlen für derartige kleinere Unfälle meistens keine Rente mehr, mit Ausnahme vielleicht einer Angewöhnungsrente, d. h. für die erste Zeit nach der Verletzung.

Wir müssen den Unfällen eine größere Aufmerksamkeit zuzuwenden, denn sie bringen nicht nur die Verletzungen, die direkt sichtbar sind, sondern auch sonstige Leiden. Sehr oft habe ich als Beisitzer des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung die Wahrnehmung gemacht, daß durch kleinere Unfälle die größten Leiden, wie Herzleiden, Lungenleiden, Arterienverfaltungen und dergleichen mehr entstanden waren. In der letzten Sitzung, an der ich teilnahm, klagte ein Schreiner auf Erhöhung seiner Rente, weil er durch Verlust von drei Fingern sich ein Arterienleiden zugezogen, das ihn unfähig machte, als Schreiner weiter tätig zu sein. Selbst uns als Laien ist es ja auch ganz erklärlich, daß durch Verluste von Gliedern die Blutcirculation nicht mehr so funktionieren kann wie sie es soll. Ein anderer Arbeiter hatte eine Verletzung an der Ferse, die in Eiterung übergegangen war. Ein Nierenleiden wurde als Folge dieses Unfalles festgestellt. Das sind

so einzelne Fälle aus nur einer Sitzung des Schiedsgerichts. Ich könnte deren noch viele anführen.

Für uns Holzarbeiter ist bemerkenswert, daß die Krankheitsstatistik unseres Berufes viele Kranke mit Lungenleiden aufweist. Auch dieses erklärt sich mit durch die vielen kleinen Unfälle. Die meisten Unfälle ziehen bei schwachen Personen die Lunge in Mitleidenschaft. Auch führen sehr viele kleinere Unfälle, und ganz besonders solche Unfälle, denen man wenig oder gar keine Beachtung geschenkt hatte, zu tuberkulösen Entzündungen oder Wucherungen der Knochen, welches oft sehr schwere Folgen nach sich zieht. So war einem Kollegen ein Schraubenschlüssel vor die Stirn geschlagen; er beachtete den kleinen Unfall nicht und nach zwei Jahren mußte er eine Operation an der Schädeldecke vornehmen lassen, um die Knochenwucherung zu entfernen.

Wenn wir so unsere Unfallfolgen beachten, müssen wir uns gestehen, daß in der Unfallverhütung gar nicht genug geschehen kann. Ganz besonders sind die Unfallverhütungsvorschriften mehr zu befolgen, die Schutzvorrichtungen an den Maschinen immer zu gebrauchen, die Akkordarbeit an den Maschinen ist zu meiden, die kleinsten Verletzungen sind reinlich zu behandeln. Ueberall darf es auch an dem ordnungsmäßigen Verbandszeug nicht fehlen. Die Berufsgenossenschaften verpflichten die Arbeitgeber, in jedem Betriebe ein Verbandskasten in Ordnung zu halten und liefern ihnen sogar solche zum Preise von nur 3 Mk. Dennoch müssen die Arbeitgeber von den Arbeitern sich des öfteren zwingen lassen, einen Kasten anzuschaffen. Welcher Vorteil für die Gesamtheit wäre es, wenn die Arbeitgeber und Arbeiter alle einsehen würden, daß die Vorforge zur Verhütung von Unfällen nicht weit genug betrieben werden kann. Es wäre dies zum Wohle und zur Gesundheit der Holzarbeiter und auch zum Besten des gesamten Holzgewerbes. Je mehr Unfälle, desto größer die Belastung der Industrie, umso größer das Sinken der Leistungskraft der Arbeiter.

S. R.

Literarisches.

Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter Deutschlands in den Jahren 1908/09 nebst Protokoll des letzten Verbandstages in Münster 1910. Die Bestellungen auf diese Schrift laufen recht zahlreich ein, was bei dem vorzüglichen Inhalt nur zu verstehen ist. Das gebotene wertvolle Material verdient die Beachtung aller Verbandsmitglieder und ist dieses namentlich für die Agitation sehr gut zu verwerten. Die Schrift gehört in die Hand eines jeden eifrigen Mitgliedes. Da die Auflage nur eine beschränkte ist, müssen Bestellungen sofort getätigt werden. Durch die Zahlstellen bezogen, stellt sich der Preis für Verbandsmitglieder auf 50 Pfg. Bei gewöhnlicher Zusendung an Einzelmitglieder sind für Porto 30 Pfg. extra beizufügen. Nichtverbandsmitglieder zahlen 2,00 Mk. pro Exemplar. Bemert sei, daß die Herstellungskosten bedeutend höher sind, als der Verkaufspreis für unsere Mitglieder.

Adressenveränderungen.

- Freiburg i. B. R. Georg Meier, Karthäuserstraße 58.
- Hamburg. V. R. Schred, Altrahlstedt, Vereinsstraße 33. B. Jof. Wessel, Peterstraße 1471.
- Herne. R. Jof. Junter, Herne II, Oststraße 9.
- Landshut. R. Kaver Raierhofer, Bergstraße 153. Adgbl.
- Offenbach. R. Christian Schäfer, Ludwigstraße 149. Stb. 12-1. Samstag von 2-4.
- Rastatt. V. R. Philipp Denu, Murgstr. 22a 12-1 u. 6-8.

Briefkasten.

Minden. Es wurde allen Zahlstellen f. Z. die Broschüre „Sozialdemokratischer Wahlschwindel“ zugestellt.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule
Münchberg.
Erstklassige Lehranstalt.
Kirchenweg 14. Dir. C. Kutschmann

Tischler-Fachschule Jmenau.
verwandten und Lehren. Schreinerfächer.
Ausbildung zum Tischler, Meister, Zeichner, Dekorateur.
Ermäßigte Kurspreise. Jeder nach Kraft.
Erst-, einzige Anstalt dieser Art.
Besucht frei durch: Die Direktion.

Tischler-Fachschule
Blankenburg a. Harz.
günstige Ausbildung als Dekorateur, Dekorateur und Zeichner. Programme frei.
Direktor Kutschmann.
Der Schulbesuch empfiehlt: Die „Stille Lehr für Tischler“, 120 Seiten stark, gebunden 2.50. Zu beziehen von Direktor Kutschmann, Blankenburg a. Harz.

B. Kolscher's Fachschule Detmold
für Tischler u. für gewerbl. Zeichnen
Exterstraße, Ecke Grabenstraße.
In 3 Monaten Ausbildung zum Werkführer und Techniker. In 6 Monaten Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter.
Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit.
Ankunft durch die Direktion.
B. Kolscher.

Schreiner-Werkzeuge. Pathebel, John Nicker-Liga, viele andere Marken. Katalog gratis mit freier HEINRICH BUSCH, Werkzeug-Vereinigung, Hagen i. W.

Tischler-Fachschule Detmold
gegründet 1893. Städt. Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grosse Hör- u. Zeichen-Säle. :: Werkstätten.
:: Programme frei ::
Direktor Brecht.

Mitteldeutsche Tischler-Fachschule
Erfurt in Anhalt.
Erste Höch. Lehranstalt der Branche in Reputations-funden (Meisterprüfung) und Selbststudien.
Programme frei durch die Direktion.

Praktisches für den Schreiner.
Herausgegeben von C. Keyer, Gm. Neu erschienen in dritter Auflage.
Enthält:
Die gebräuchlichsten Maße der Möbel. Die gewerbliche Kostenberechnung. Erklärung wichtiger Fremdwörter. Die Zeiten der Stilleführung. Zeichnungen und Fachwerke für den Schreiner.
Preis 30 Pfg.
Zu beziehen: Der Vorstand des Generalschreibers der christlichen Gewerkschaften, Gm. Postfach 14.

Eingelegte Sourniere
für Nähtische, Schatullen, Säulungen.
Musterbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken.
Zahlreiche Anerkennungs-schreiben.
Eustach. Biker, Marqueter, Heidelberg, Theaterstraße 7.

Stellen-Gesuche.
Mehrere tüchtige Tischler sofort nach Magdeburg gesucht. Meldung bei Kollege Aug. Brauner, Michaelstr. 11 Stb. 12.
Zwei tüchtige Stuhl-schreiner gesucht per sofort (eventl. nach Vereinbarung auch etwas später) nach dem Zürchersee (Schweiz). Auskunft erteilt Verbandssekretär S. Eifel, St. Gallen (Schweiz), Bankgasse 4.

Tüchtige Möbelschreiner
für feine Arbeit sofort in dauernde Stelle bei gutem Lohn nach Hamburg gesucht. Können nur Leute berücksichtigt werden, die dem christlichen Verbande angehören.
Offerten mit Altersangabe unter H. S. an die Expedition dieses Blattes.
Schreiner mit 3000 Mark zur gemeinschaftl. Beteiligung an der Fabrikation eines geschliffenen Spezialartikels gesucht. Offerten unter „Spezial“ nach Düsseldorf, Postfach 144, Postlageramt einreichen.